PARLAMENT
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Sitzungsperiode 2021-2022
Sitzung des Ausschusses III vom 4. November 2021

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 818 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Verlängerung der steuerfreien Einkommensausfallentschädigung im Bereich der Kleinkindbetreuung über den 31.12.2021 hinaus**

Krankheitsfälle von Kindern sind für Tagesmütter, vor allem für konventionierte Tagesmütter, sehr ärgerlich. Während selbstständige Tagesmütter in diesem Fall selbst entscheiden können, wie sie vorgehen, verlieren die konventionierten Tagesmütter im Krankheitsfall einen Teil ihrer Einnahmen. Das ist Gift für die Planungssicherheit, denn man weiß am Anfang des Monats nie, was am Ende übrig ist.
Zu Beginn der Corona-Pandemie war dieser Umstand natürlich verheerend. Daraufhin wurde die Einkommensausfallentschädigung steuerfrei erhöht. Diese Maßnahme konnten wir nur unterstützen, denn sie war schon lange überfällig.

Am 31.12.2021 soll diese Maßnahme wieder entfallen.

Wie sie, Frau Ministerin, uns in einer vergangenen Kontrollsitzung mitteilten, ist unsere Gemeinschaft in der Lage die Einkommensausfallentschädigung für unsere Tagesmütter zu verlängern, aber nur der föderalen Behörde obliegt die Entscheidung zur Steuerbefreiung der Tagesentschädigung. Eine Einkommensausfallentschädigung für die konventionierten Tagesmütter, die anschließend versteuert werden muss, würde sich für viele von ihnen allerdings negativ auf das besteuerbare Haushaltseinkommen auswirken.

Zur Zeit scheint sich die epidemiologische Lage in Belgien bis zum Jahresende nicht groß zu beruhigen. Unsere Tagesmütter werden also durch die Abwesenheit der Kinder ab dem neuen Jahr wieder mit finanziellen Einbußen zu rechnen haben.

Die Aufwertung unserer konventionierten Tagesmütter haben Sie sich als Priorität gesetzt und auch der Ecolo-Fraktion ist dies ein großes Anliegen.
Daher möchten wir Sie heute auffordern die Einkommensausfallentschädigung über den 31.12.2021 hinaus zu verlängern und sich auf föderaler Ebene für eine Steuerbefreiung einzusetzen.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

- *Wird die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Einkommensausfallentschädigung über den 31.12.2021 hinaus verlängern?*
- *Werden Sie, Frau Ministerin, proaktiv nach Gesprächen auf föderaler Ebene suchen und sich für eine Steuerbefreiung in Bezug auf die Einkommensausfallentschädigung über den 31.12.2021 hinaus einsetzen?*

- **Frage Nr. 819 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu verschärften Maßnahmen im Bildungswesen**

Dem Vernehmen nach stehen neben den allgemeinen Verschärfungen der Corona-Schutzmaßnahmen auch Verschärfungen für die Schulen an. Die Rede ist primär von der Wiedereinführung einer Maskenpflicht ab der 5. Primarschulklasse.

Im vergangenen Jahr ist die epidemiologische Lage in den Schulen im aktuellen Zeitraum des Jahres in Belgien völlig aus dem Ruder gelaufen, mit gravierenden Folgen für viele Menschen. Das ist dieses Jahr vor allem dank der Impfung verhindert worden. Damals wurde zu zögerlich gehandelt, darum begrüßen wir, dass das in diesem Jahr nicht der Fall zu sein scheint - zumindest nicht in Bezug auf die Schulen.

Dennoch hat eine Maßnahme im vergangenen Jahr nach unserer Wahrnehmung zur Beruhigung der Ansteckungslage in den Schulen geführt: die Verlängerung der Allerheiligenferien um eine Woche. De facto handelte es sich wegen der Feiertage bei diesem "Wellenbrecher" um 3,5 Schultage, wegen derer die Schulen insgesamt 17 Tage geschlossen blieben. Etwas länger also als die Dauer einer Quarantäne. In diesem Schuljahr wurde diese Maßnahme scheinbar gar nicht erst in Betracht gezogen, obwohl aktuell durchaus von einem nennenswerten Infektionsgeschehen in den Schulen die Rede sein kann.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Welche Anpassungen im ministeriellen Erlass sind angedacht, um die Ausbreitung von Covid-19 einzugrenzen?*
- *Aus welchem Grund hat man in diesem Schuljahr von einer Verlängerung der Allerheiligenferien abgesehen?*
- *Wie viele Schul- und Kindergartenklassen sind bis zu den Allerheiligenferien wegen Covid-19-Infektionen geschlossen worden?*

- **Frage Nr. 820 von Frau PAUELS (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur erneuten Einführung einer Maskenpflicht in den Schulen[1]**

Der Konzertierungs-Ausschuss hat am Freitag, den 22. Oktober aufgrund der steigenden Corona-Zahlen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie verschärft.

Analog dazu haben das Corona-Kommissariat und der föderale Gesundheitsminister am Mittwoch in einer gemeinsamen Konferenz mit den Teilstaaten von deren Bildungsministern eine Verschärfung der Maßnahmen ab der Rückkehr in die Schulen nach den Schulferien von Allerheiligen gefordert und die Bedeutung der systematischen Impfung der Jugendlichen unterstrichen.

[1] https://ostbelgiendirekt.be/maskenpflicht-nach-allerheiligen-301134 [08.10.2021]

Verlangt wurde unter anderem eine Verschärfung der Maskenpflicht in den Schulen. Daher hat Bildungsministerin Lydia Klinkenberg am Mittwoch (27.10.2021) in einer Schulleiter-Versammlung über die Möglichkeit einer Maskenpflicht in der Oberstufe der Primarschule und in den Sekundarschulen ab der Rückkehr nach den Allerheiligen-Ferien ausgetauscht. Es gab allerdings keine einheitliche Stellungnahme.

Am Samstagmorgen, dem 30. Oktober, fand eine weitere gemeinsame Versammlung der Gesundheits- und Bildungsminister statt, in der die Maskenregelung sowie das Test- und Quarantäneverfahren in den Schulen erneut thematisiert werden.

Eine Entscheidung zur Maskenpflicht für Ostbelgien wurde noch nicht getroffen. Vorerst gilt die Regelung, die am 26. Oktober in einem ministeriellen Rundschreiben veröffentlicht wurde.

Daraus resultieren folgende Fragen:

- *Welche Szenarien werden bezüglich einer Maskenpflicht in Betracht gezogen?*
- *Welche konkreten Maßnahmen wurden bezüglich der Maskenpflicht in den Primar- und Sekundarschulen getroffen?*
- *Gibt es andere (strengere) Maßnahmen, die eventuell in Betracht gezogen werden?*

- **Frage Nr. 821 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zur Vorbereitung der Schüler auf die Zeit danach**

Am 26. Oktober berichtete das Grenz-Echo, dass sich „mehr als die Hälfte (52 %) der Sekundarschüler […] nicht ausreichend auf den Arbeitsmarkt vorbereitet" fühlen. Dem stimmt auch eine Mehrheit der Arbeitgeber zu.

Diese Feststellung ist auf den ersten Blick erschreckend! Wenngleich die Fehlermarge der Umfrage zwischen 3 und 7 % liegt.

Einleitend möchte ich jedoch insbesondere daran erinnern, dass die Sekundarschulen zahlreiche andere Aufgaben erfüllen müssen und auch weiterhin sollten. Ohne dabei die Bedeutung des vorliegenden Themas relativieren zu wollen, ist es in diesem Zusammenhang dennoch wichtig, die Sekundarschulen insgesamt mit all ihren Aufgaben im Auge zu behalten. Zahlreiche Sekundarschüler absolvieren beispielsweise noch ein Studium, starten also nicht direkt nach der Sekundarschule in die Arbeitswelt. Auch müssen gesellschaftsrelevante Inhalte und Kompetenzen in der Schule weiterhin vermittelt werden. Einige davon sind direkt arbeitsrelevant, andere weniger. So denken wir beispielsweise an Kreativität und logisches Denken, aber auch an politische Bildung, Selbstreflexion, Selbstbewusstsein und weitere soziale Kompetenzen wie z.B. die Argumentationsfähigkeit. Einige dieser Kompetenzen gehören zu den sogenannten Soft Skills, die für den Arbeitsmarkt der Zukunft besonders wichtig sind, aber (noch) nicht als Berufsvorbereitung wahrgenommen werden.

Als SP-Fraktion finden wir all diese Aufgaben, mit denen unsere Schulen - zum Wohle der Schülerinnen und Schüler - konfrontiert sind, als nützlich und sehen die Herausforderung nicht zuletzt darin, all diese Aspekte bestmöglich sowie insbesondere auch zeitlich unter einen Hut zu bringen.

Aus den Resultaten der Umfrage und unter Berücksichtigung des geschilderten Kontextes ergeben sich folgende Fragen:

- *Können Sie uns mitteilen, wie viele aktuelle und ehemalige Schüler und Unternehmer aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der Umfrage teilgenommen haben?*
- *Wie gut werden Ihres Erachtens Schüler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft heute bereits auf die Arbeitswelt vorbereitet?*
- *Mit welchen konkreten Maßnahmen könnten Schüler in Zukunft noch besser auf das Leben nach der Sekundarschulzeit – gemeint sind damit alle möglichen Wege, so beispielsweise auch eine Ausbildung oder ein Studium – vorbereitet werden?*

- **Frage Nr. 822 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zu den Lüftungssystemen in den Schulen**

In ganz Belgien steigen die Corona-Zahlen zum wiederholten Male rasant an.

Neben einer viel diskutierten Maskenpflicht stehen in den Schulen weitere Mittel zur Verfügung, um der Verbreitung des Virus entgegenzuwirken. So sprachen wir bereits oft und eingehend über das Einhalten von Abständen, die Kontaktreduzierung, das regelmäßige Waschen oder Desinfizieren der Hände und vor allem auch – insbesondere in Innenräumen – über regelmäßiges Lüften.

In diesem Hause erklärten Sie selbst, wie wichtig die Einhaltung dieser Maßnahmen ist. Darin stimmt die SP-Fraktion Ihnen vollkommen zu.

In Bezug auf die Abstände und die Kontaktreduzierung mussten wir schnell feststellen, dass sich dies schwierig gestaltet und in vielen Fällen Unterrichten auf Distanz oder Hybridunterricht bedeutet. Denn in vielen konkreten Fällen vor Ort kann die Raumgröße nicht einfach bzw. ohne größeren Aufwand angepasst werden.

Regelmäßiges Händewaschen wurde auch vor Corona bereits ermöglicht. Dies ist seit langem ein fester Bestandteil der allgemeinen Hygieneregeln.

Um das Lüften besser zu regeln, wurden Maßnahmen ergriffen. So belieferte die Deutschsprachige Gemeinschaft alle Schulen mit CO2-Messgeräten. Im Juni erklärten Sie im Rahmen unserer Regierungskontrollsitzung, der Bedarf sei vollständig abgedeckt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft habe sogar 11 CO2-Ampeln zusätzlich in Reserve, *„die bei zusätzlichem Bedarf noch an die Schulen verteilt werden können.*"

Dennoch sind wir Mandatare der SP-Fraktion mehrfach auf das Fehlen von CO2-Messgeräten in den Schulgebäuden angesprochen worden.

Tatsächlich kann es theoretisch sein, dass Geräte geliefert, nicht aber in Betrieb genommen wurden. Dies wäre aber sehr ärgerlich, da ein korrektes Lüften in mehrfacher Hinsicht sehr wichtig ist. Ich glaube, an dieser Stelle sind wir uns ausnahmsweise alle einig.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Können Sie bestätigen, dass alle an die Schulen gelieferten CO2-Messgeräte in Betrieb genommen wurden?*
- *In welchen Räumen sollten diese CO2-Messgeräte – auch CO2-Ampeln genannt – angebracht sein?*
- *Wurden die 11 verbleibenden CO2-Ampeln von den Schulen in der DG in Anspruch genommen?*

- **Frage Nr. 823 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Bereitstellung von Schnelltests seitens der DG**

Mit dem nennenswerten Infektionsrisiko, das aktuell in zahlreichen Schulen der DG herrscht, geht für das Personal ein regelrechter Schnelltestreigen einher. Wenn einmal ein Fall von Covid-19 in einer Schule festgestellt wurde, ist es meist eine Frage der Zeit, bis das Virus zirkuliert und in anderen Klassen auftaucht.

Auch wenn große Teile der Lehrerschaft geimpft sein dürften, möchte nach wie vor jeder schnell reagieren. Wer möglicherweise infiziert ist, möchte zumindest vermeiden, das Virus weiterzuverbreiten. Lehrpersonen greifen daher in großer Regelmäßigkeit auf Schnelltests zurück.

Diese wurden zu Beginn des Kalenderjahres vonseiten der DG zur Verfügung gestellt, sind aber bei den meisten mittlerweile aufgebraucht.

Daher meine Fragen, Frau Ministerin:

- *Gibt es für Lehrpersonen oder Schulen die Möglichkeit, weitere Schnelltests anzufragen, um diese Investition in die Arbeitssicherheit der Personalmitglieder nicht aus eigener Tasche bezahlen zu müssen?*

- **Frage Nr. 824 von Herrn GROMMES (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zu Not am Mann im Unterrichtswesen**

Im flämischen Unterrichtswesen herrscht Not am Mann! Das geht aus einem Artikel in der flämischen Tageszeitung De Standaard vom 15. Oktober hervor. Dies hat zur Folge, dass einige Schüler bis zu 18 Stunden im sogenannten „Studium" verbringen.

Der hier geschilderte Zustand ist katastrophal, und mitunter auch verheerend für die Ausbildung der Schüler! Grund für den Ausfall der Unterrichtsstunden sei, so geht es aus dem Artikel hervor, ein Mangel an Lehrkräften. Zu Beginn des Monats September waren in flämischen Sekundarunterricht noch 1525 Lehrerstellen unbesetzt.

Verstärkend kommen zu diesem Mangel noch zahlreiche Abwesenheiten aufgrund von Krankheit oder Quarantäne. Wenn für eine Stunde kein Ersatz gefunden werden kann, bleibt das Studium die einzige Lösung.

Auch kann man von Lehrkräften nicht verlangen, über längere Zeit mehr Stunden zu übernehmen, als in ihrem Stundenplan eigentlich vorgesehen sind, oder zwei Klassen gleichzeitig zu unterrichten. Der hierdurch entstandene Stress würde sicherlich die Lehrkräfte stark belasten und die Krankheitstage zusätzlich erhöhen.

Angesichts dieser alarmierenden Zustände im flämischen Unterrichtswesen, lauten meine Fragen an Sie:

- *Wie viele Lehrerstellen sind zurzeit in der DG unbesetzt?*
- *Wie viele Unterrichtsstunden fallen in der DG aufgrund unbesetzter Stelle aus?*